

# ROTER HAHN

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

AUSGABE 85

APRIL 2020



*Liebe Leserin, lieber Leser,*

die Folgen der Corona-Pandemie und die Maßnahmen dagegen sind für die Menschen hierzulande, aber auch international weiterhin schmerzlich spürbar. Grund- und Freiheitsrechte wurden massiv eingeschränkt, um die weitere Ausbreitung des Virus bestmöglich zu minimieren. Nicht alle Entscheidungen waren unumstritten und nachvollziehbar. Erst wurden Schutzmasken als unnütz, dann sogar als potenziell

schädlich angesehen, um deren Anwendung nun bundesweit anzuordnen, zumindest beim Einkauf und im Öffentlichen Nahverkehr, ohne dass ausreichend Masken zur Verfügung stehen. Insgesamt aber bleibt festzustellen, dass wir in Deutschland im Vergleich zu Italien oder den USA die Todesfälle bislang halbwegs begrenzen konnten. Die Zahl der Neuinfektionen ist deutlich gesunken. Das ist ein wichtiger Erfolg, der durch voreilige Lockerungen oder Aufhebung der Schutzmaßnahmen nicht gefährdet werden sollte. Zur Abmilderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen haben wir im Bundestag diverse Hilfspakete beschlossen. DIE LINKE hat sich dabei u.a. mit ihrer Forderung zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes durchgesetzt. Dass die Abgeordneten in diesem Jahr auf die Erhöhung ihrer Diäten verzichten, ist zwar nur ein kleines Zeichen, ging aber auch auf unsere Initiative zurück. Bleiben Sie gesund und trotz allem optimistisch, wünscht Ihr/Euer

## Braucht der Sport den Sportausschuss?

„Die vorgesehene Sportausschusssitzung am 22. April 2020 entfällt.“ Mit dieser ohne jede Begründung oder Erläuterung abgegebenen Mitteilung hatte die Vorsitzende des Sportausschusses des Bundestags, Dagmar Freitag (SPD) am 16. April angesichts der großen Probleme, mit denen der organisierte Sport in Deutschland in Folge der Corona-Pandemie zu kämpfen hat, das völlig falsche Signal gegenüber den Sportverbänden, den vielen tausend Vereinen sowie den Sportlerinnen und Sportlern gesendet. Die Forderung der LINKEN vom 14. April auf Durchführung der (eigentlich regulären) Sitzung am 22. April wurde schlichtweg ignoriert. Deswegen wandte sich André Hahn am 17. April an die Öffentlichkeit mit der Erwartung, dass diese Entscheidung umgehend korrigiert wird. Im Vorfeld hatte es auf Verlangen der LINKEN in der Sitzung des Sportausschuss am 4. März durch das Bundesinnenministerium (BMI) und am 11. März durch das BMI sowie den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) einen ersten Bericht über die vielfältigen, auch wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf den Sportbereich gegeben. Ein schriftlicher Sachstandsbericht des BMI folgte mit Stand 24. März, vom DOSB am 27. März. Seitdem herrschte ‚Schweigen im Wald‘, obwohl eine Reihe der vom Bundestag am 25. März beschlossenen Gesetze sowie weitere Verfügungen von Bund und Ländern auch den organisierten Sport zum Teil existenziell betreffen, ohne dass der Sportausschuss hierüber informiert oder gar mitberatend einbezogen war.

Der Protest half: Wohl auch auf Druck der Verbände tagte der Sportausschuss nun doch am 22. April, um mit BMI und DOSB über den Folgen der Corona-Krise für den Sport zu beraten, und er wird dies nun auch in den kommenden Sitzungswochen tun.

Dazu André Hahn: „Es wäre nicht hinnehmbar, wenn der Sportausschuss sich aus seiner Verantwortung gegenüber dem organisierten Sport stehlen würde und es allein der Bundesregierung überlässt, zu entscheiden, welche Maßnahmen zur Unterstützung des Spitzen- wie auch des Breitensports ergriffen werden.“



## TERMINE MIT ANDRÉ HAHN

\*

**27.04., 16:00-18:00**

**Telefonsprechstunde  
über die Telefonnummer  
03501 5710090**

\*

**30.04., 11:00**

**Beratung mit den  
sportpolitischen  
Sprecher\*innen  
Telefonkonferenz**

\*

**04.05.-07.05.**

**Sitzungswoche  
im Bundestag  
Berlin**

\*

**08.05., 10:00**

**Gedenken zum Tag  
der Befreiung  
Sowj. Ehrenfriedhof,  
Pirna**

\*

**10.05., 10:00-11:00**

**Lesen gegen das  
Vergessen**

Virtuelle Lesung  
Weitere Infos finden  
Sie [hier](#).

\*

**11.05.-15.05.**

**Sitzungswoche  
im Bundestag  
Berlin**

\*

**25.05.-29.05.**

**Sitzungswoche  
im Bundestag  
Berlin**

## Positionen der LINKEN im Bundestag zur Corona Pandemie

Anknüpfend an die Informationen in der letzten Ausgabe des Roten Hahn soll hier auf die 18 Anträge zu unterschiedlichen Themen hingewiesen werden, die DIE LINKE in dieser Sitzungswoche in den Bundestag eingebracht hat. Im Mittelpunkt stehen dabei Vorschläge zur Bewältigung der Corona-Krise. Stichworte sind u.a. Corona-Elterngeld, Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, Maßnahmen zur Unterstützung von Kulturschaffenden, Journalisten, Studentinnen und Studenten. Es geht aber auch um umfassenden Flüchtlingsschutz und eine solidarische Asylpolitik, um den Infektionsschutz in Haftanstalten und die Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit. Gefordert werden die sofortige Beendigung einseitiger Wirtschaftssanktionen, zum Beispiel gegen Syrien, Kuba und den Iran, die Beteiligung der Superreichen an der Finanzierung der wirtschaftlichen Hilfen, und auch der Zugang von Frauen zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen in der Krisenzeit wurden in einem Antrag thematisiert. Für DIE LINKE sprach nach der Regierungserklärung der Kanzlerin am 23. April der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, dessen engagierte [Rede](#) hier zu finden ist.



## 8. Mai muss bundesweit gesetzlicher Feiertag werden



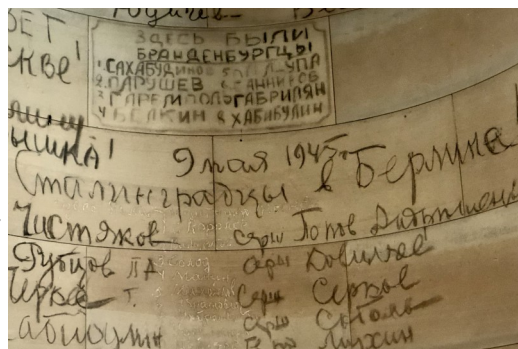
Erstmalig ist der 8. Mai im Land Berlin anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung ein Feiertag, in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen ist dieser Tag zwar nicht arbeitsfrei, aber ebenso ein gesetzlicher Gedenktag. Ja, der 8. Mai 1945 war für Millionen Menschen ein Tag der Hoffnung und Zuversicht, und er war, so Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 "ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft."

Deshalb hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE

wiederholt gefordert, den Tag der Befreiung bundesweit zum gesetzlichen Gedenktag zu erklären ([Drs. 19/9230](#)). Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, AfD und FDP bei Enthaltung der Grünen abgelehnt. Die Spuren des opferungsreichen Kampfes der Roten Armee finden sich auch heute noch im Reichstagsgebäude (Foto) und an vielen Gedenk- und Grabstätten in Ostdeutschland.

Leider können wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr größere Gedenkveranstaltungen nicht stattfinden, aber es wäre gut, wenn Blumen an all diesen Stätten zeigen, wie wichtig dieser Tag für uns war und ist.

(Fotos: A. Nowak)



## IN KÜRZE

\*

„Im Namen des Infektionsschutzes sind in Deutschland seit über einem Monat zahlreiche Grund- und Freiheitsrechte massiv eingeschränkt, auch Grundrechte, die für eine demokratische Gesellschaft konstituierend sind, wie etwa die Versammlungsfreiheit. Der Zweck, die Pandemie einzudämmen, ist legitim. Wir müssen aber dafür sorgen, dass aus der Corona-Krise nicht auch noch eine Krise der Demokratie entsteht“, betonte André Hahn in seiner [Rede](#) zu einem Antrag der AfD am 23. April im Plenum.

\*

Eine Förderung des Sports durch den Bund muss auch während und nach der Corona-Pandemie gewährleistet werden, erklärte André Hahn zu den Antworten der Bundesregierung auf seine Kleine Anfragen zur ‚Förderung des Sports durch den Bund in den Haushaltsjahren 2018 bis 2020‘ ([Drs. 19/18029](#)) sowie zur ‚Förderung von Kunstrasenplätzen durch den Bund‘ ([Drs. 19/17779](#)). Die Politik muss jetzt nicht nur Maßnahmen ergreifen, um den vielen in seiner Existenz bedrohten Bereichen des Sports zu helfen und der Bevölkerung zu ermöglichen, trotz aller coronabedingten Einschränkungen wieder Sport zu treiben. Nötig ist ebenso, über nachhaltige, zukunftsfähige Strukturen und Förderungen des Sports in der Gesellschaft zu diskutieren.

André Hahn  
bei Facebook



## Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 227 75777  
E-Mail: [andre.hahn@bundestag.de](mailto:andre.hahn@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Sächsische  
Schweitz-Osterzgebirge:  
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna  
Tel.: 03501 5710090  
E-Mail:  
[andre.hahn.ma03@bundestag.de](mailto:andre.hahn.ma03@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Meißen:  
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen  
E-Mail: [andre.hahn@bundestag.de](mailto:andre.hahn@bundestag.de)

Redaktionsschluss: 23.04.2020  
Redaktion: André Nowak